



Stadt Halle (Saale)

22.12.2017

A u s z u g

aus der Niederschrift der 38. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 20.12.2017:

**zu 9.1 Antrag der Fraktionen des Stadtrates Halle (Saale) zur Änderung der Stadtratsgeschäftsordnung
Vorlage: VI/2017/02781**

Abstimmungsergebnis: mit der Mehrheit der Mitglieder zugestimmt

Beschluss:

§ 1 Absatz 2 der „Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse“ wird geändert und erhält folgende Fassung:

§ 1 Abs.2 Einberufung, Einladung, Teilnahme

„Die für die Sitzungen des Stadtrates erforderlichen Unterlagen sind grundsätzlich beizufügen, wenn nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner dem entgegenstehen. Sollen Satzungen und Verordnungen, einschließlich Gebührenordnungen, behandelt werden, sollen diese vollständig beigefügt werden. Verträge, Jahresabschlüsse und ähnlich komplexe Unterlagen, für die der Stadtrat zuständig ist, sind dem Stadtrat zum frühestmöglichen Zeitpunkt, unabhängig von der Beschlussvorlage, vorab zur Bearbeitung zuzuleiten. Tischvorlagen sind grundsätzlich unzulässig. Berichterstattungen, und Präsentationen der Stadtverwaltung zu allen Tagesordnungspunkten im öffentlichen und nicht öffentlichen Teil sind *in der Regel* als schriftliche Informationsvorlagen spätestens vor der Feststellung der Tagesordnung einer Sitzung vorzulegen und im elektronischen Ratsinformationssystem einzustellen.“

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

22.12.2017

A u s z u g

aus der Niederschrift der 38. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 20.12.2017:

**zu 9.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur
Erweiterung der Anspruchsberechtigten für die Nutzung des Halle-
Passes A
Vorlage: VI/2017/03636**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss
und durch
Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den
Jugendhilfeausschuss,
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
und
Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Die Anspruchsberechtigten der Sozialleistungen Wohngeld und Kinderzuschlag sind ab 01.03.2018 berechtigt, den Antrag auf Ausstellung eines Halle-Passes (A) zu stellen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

22.12.2017

A u s z u g

aus der Niederschrift der 38. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 20.12.2017:

**zu 9.3 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erarbeitung einer Richtlinie zur Förderung des Tierschutzes
Vorlage: VI/2017/03649**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Richtlinie zur Förderung des Tierschutzes durch Vereine oder freie Träger in der Stadt Halle (Saale) zu erarbeiten und in den Planungen des Haushaltes ab dem Jahr 2019 mit jährlich 40.000 Euro haushalterisch zu hinterlegen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

22.12.2017

A u s z u g

aus der Niederschrift der 38. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 20.12.2017:

**zu 9.4 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Anlage von Fußgängerüberwegen entlang der Hafentrasse
Vorlage: VI/2017/03531**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung soll prüfen, inwiefern entlang der Hafentrasse bei Querungen von Straßen (Roßbachstraße, Liebenauer Str., Turmstraße, Straße der Republik, Max-Lademann-Straße, Böllberger Weg) die Anlage von Fußgängerüberwegen erforderlich ist.
2. Insofern die Anlage von Fußgängerüberwegen erforderlich ist, wird die Stadtverwaltung beauftragt, die Fußgängerüberwege zeitnah anzulegen und die dafür notwendigen finanziellen Mittel in der Finanzplanung bereitzustellen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer



Stadt Halle (Saale)

22.12.2017

A u s z u g

aus der Niederschrift der 38. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 20.12.2017:

**zu 9.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem
Beratungsangebot für Eltern von Kindern mit besonderen
Lernvoraussetzungen im Bereich Schulische Bildung
Vorlage: VI/2017/03646**

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Bildungsausschuss
und durch
Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Einrichtung eines Beratungsangebotes für Eltern von Kindern mit besonderen Lernvoraussetzungen im Bereich Schulische Bildung durch die Stadt Halle selbst oder durch freie Träger zu prüfen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer